

Olaf Zimmermann/Gabriele Schulz

Der Teufel steckt im Detail

Die Kultur ist im Koalitionsvertrag stark vertreten, aber Chancen wurden auch verpasst

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ist positiv für die Kultur. Nicht nur, dass im Kapitel »Kultur, Medien und Sport« die Vorhaben ausgebreitet werden, die in den Bereichen Kultur, Medien und Digitale Medien geplant sind, auch in verschiedenen anderen Kapiteln werden kulturpolitisch relevante Aussagen getroffen.

In insgesamt zwölf Arbeitsgruppen sowie der sogenannten Großen Runde hatten Bundes- und Landespolitiker am Koalitionsvertrag gearbeitet. Die fachlich orientierten Arbeitsgruppen erstellten die ersten Textentwürfe, die dann untereinander besprochen, teilweise abgeschliffen und insgesamt zusammengeführt wurden. Zur Beurteilung der kulturpolitischen Vorhaben und Ideen ist es daher erforderlich, den gesamten Koalitionsvertrag im Blick zu haben.

Dabei darf ein Koalitionsvertrag auch nicht überhöht werden. Er ist eine Beschreibung von Vorhaben, die sich eine Regierung für die nächste Wahlperiode vornimmt. Er ersetzt weder die Gesetzgebung noch wird er über die ganze Legislaturperiode handlungsweisend sein.

Zusammenarbeit von Bund und Ländern: Es sieht fast so aus, als hätte es in der letzten Großen Koalition die Föderalismusreform II, die darauf abzielte, die Zuständigkeiten von Bund und Ländern streng voneinander zu trennen, nicht gegeben. Der Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition ist von Absprachen und gemeinsamen Vorhaben von Bund und Ländern geprägt. Das gilt für den im Kulturkapitel beschriebenen kooperativen Kulturföderalismus ebenso wie für Aufgaben der Hochschulfinanzierung, die Stärkung der Zeitungslandschaft, die Vermittlung von

Medienkompetenz und viele andere Aufgaben.

Es hat fast den Anschein, als seien mit diesem Koalitionsvertrag die von einer inzwischen mehrheitlich abgetretenen Politikergeneration gepflegten Abgrenzungen zwischen Bund und Ländern nunmehr endgültig überwunden. Statt kleinlich in Kategorien von Länderzuständigkeiten zu denken, wird Deutschlands Rolle in Europa sowie international reflektiert. Jetzt fehlt nur noch, dass auch der Bundesrechnungshof, der bereits seine Bedenken an mancher Bundesfinanzierung in den Ländern anmeldet, versteht, wer eigentlich die Politik machen sollte. Nämlich die gewählten Abgeordneten und nicht die Kontrolleure des Bundesrechnungshofs.

Kulturförderung und -finanzierung: Im Koalitionsvertrag wird eindeutig formuliert, dass der Kulturhaushalt des Bundes auf hohem Niveau weiterentwickelt werden soll. Die Kulturförderung des Bundes soll systematisiert werden. Geplant sind unter anderem die Mittelerrhöhung für die Kulturförderfonds, die Einrichtung eines Musikfonds, die Verstärkung der Tanzförderung, die Aufhebung der zeitlichen Befristung des Deutschen Filmförderfonds und anderes mehr.

Belohnt sollen jene Institutionen werden, die neue Arbeits- und Kooperationsformen entwickeln, um die Potenziale des demografischen Wandels im Kulturbereich aufzuzeigen. Auch hier ist wiederum die Zusammenarbeit mit den Ländern geplant.

Digitale Agenda: Dass die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Internet und digitale Gesellschaft« ihre Spuren hinterlassen hat, ist ebenfalls an verschiedenen Stellen des Koalitionsver-

trags ablesbar. Nicht nur, dass Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien an sehr vielen Stellen erwähnt werden, Wirtschaftspotenziale werden auch in besonderer Weise in dieser Branche erwartet.

An drei verschiedenen Stellen wird unterstrichen, dass eine open-access-Strategie geplant sei. Es soll eine gemeinsame Bund-Länder-Strategie »Digitales Lernen« etabliert werden. Die digitale Lehrmittelfreiheit soll gestärkt und »Schulbücher und Lehrmaterial (sollen) auch an Hochschulen (...), soweit möglich, frei zugänglich sein, die Verwendung freier Lizenzen und Formate (soll) ausgebaut werden«. Dieses ist eine klare Ansage an die Verlage von Bildungsmedien. Insgesamt wird im Bildungskapitel ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht eingefordert. Und im Kulturpolitikkapitel ist unter dem Punkt »Reform des Urheberrechts« die Rede von einem gerechten »Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern«. Dieser Dreiklang von Urhebern, Verwertern und Nutzern ist ein Paradigmenwechsel, der von den Netzpolitikern schon lange eingefordert wird. Zwar ist ebenso von einer Stärkung des Bewusstseins für den Wert geistigen Eigentums die Rede, doch zusammen mit den Aussagen des Bildungskapitels sowie den Ausführungen im eigenen Kapitel »digitale Agenda« wird deutlich, dass in der Urheberrechtspolitik mit Akzentverschiebungen zu rechnen sein wird.

In dieses Bild passt, dass die Rechte der Verbraucher bei der Nutzung digitaler Güter insbesondere mit Blick auf die Marktmacht globaler Anbieter gestärkt werden soll. Ebenso soll eine Streitwertdeckelung bei Abmahnungen gegen Verbraucher auf Grund urheberrechtlicher Verstöße geprüft werden. Die Verbraucherorganisationen sollen eine Marktwächterfunktion in der Digitalen Welt erhalten.

Die Digitalisierung von Kulturgütern im Rahmen der Deutschen Digitalen Bib-

liothek soll ebenso vorangebracht werden wie die Digitalisierung der Kinolandschaft.

Im Rahmen der Digitalen Agenda wird die Bedeutung der Netzneutralität zum »Erhalt des offenen und freien Internets, der Sicherung der Teilhabe, Meinungsvielfalt, Innovation und des fairen Wettbewerbs« herausgestrichen. Hier ist eine Regulierung im Telekommunikationsgesetz geplant.

Kultur- und Kreativwirtschaft: Die Akzentsetzung in der digitalen Wirtschaft setzt sich fort, wenn über die Leitmärkte der Zukunft gesprochen wird, die in der Förderpolitik eine besondere Beachtung finden sollen. Zu einem solchen Leitmarkt gehört die Medien- und Kreativwirtschaft, von der die »zukunftsweisende Gestaltung materieller und immaterieller Produkte und Dienstleistungen« erwartet wird.

Daneben findet die Kultur- und Kreativwirtschaft in einem eigenen Punkt Erwähnung. Hier wird sich für eine Fortsetzung des Programms »Initiative Kultur und Kreativwirtschaft« ausgesprochen, der Innovationsbegriff soll für diese Branche geöffnet und die Forschung und Entwicklung von Technologien gefördert werden. Auch hier scheint die Akzentsetzung im Bereich der digitalen Wirtschaft durch. Doch andererseits wird der stationäre Buchhandel offenbar für kulturell förderwürdig gehalten. So soll ein Preis für besonders »innovative und kulturell ausgerichtete Geschäftsmodelle« für Buchhandlungen jährlich ausgelobt werden.

Nicht vergessen werden soll die geplante Initiative Kulturtourismus, die der verbesserten Zusammenarbeit von Kultur und Tourismus sowie von Kultur und Wirtschaft dienen soll.

Was den internationalen Handel betrifft, wird sich klar für eine weitere Liberalisierung der Handelsbeziehungen ausgesprochen. Eine besondere Rolle wird dabei dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA beigemessen, das

offenbar geostrategisch von großer Bedeutung ist. Dabei soll unter anderem auf die Sicherung von Schutzstandards der Europäischen Union in Kultur und Medien Wert gelegt werden.

Soziale Sicherung: Ganz klar sprechen sich die Koalitionäre für den Erhalt der eigenständigen Alterssicherungssysteme wie Alterssicherung der Landwirte, Künstlersozialversicherung und berufsständische Versorgungswerke aus. Überhaupt wird die Künstlersozialversicherung sowohl im Kulturkapitel als auch im Kapitel, in dem es um die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geht, erwähnt. Positiv sind die geplante Stabilisierung der Künstlersozialversicherung sowie die Verhinderung des Anstiegs der Künstlersozialabgabe. Letzteres ist für die Akzeptanz der Versicherung von großer Bedeutung.

Steuerpolitik: Die Steuerpolitik ist bekanntermaßen ein wichtiges Instrument der indirekten Kultur- sowie Kulturwirtschaftsförderung. Es wird sich klar für den Erhalt der bestehenden Steuerermäßigungen für Kulturgüter ausgesprochen. Auf EU-Ebene wollen sich die Koalitionäre für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für E-Books, der auch für die digitale Veröffentlichung von Noten gelten müsste, stark machen.

Mit Blick auf Freiwilligendienste wird unmissverständlich formuliert, dass diese umsatzsteuerfrei sind.

Kulturelle Bildung: Gemeinsam mit Sozialpartnern und Ländern soll eine »Allianz für Aus- und Weiterbildung« initiiert werden. Hier wird darauf zu achten sein, dass die künstlerische und kulturelle Aus- und Weiterbildung Berücksichtigung findet.

Explizit erwähnt wird die kulturelle Bildung sowohl in den Kapiteln zur Jugend-, zur Bildungs- und zur Kulturpolitik. Mit Blick auf die Jugendpolitik wird darauf zu achten sein, dass die Fachverbände der kulturellen Kinder- und Jugendbildung weiterhin stabil im Rahmen des Kinder-

und Jugendhilfegesetzes gefördert werden. Diese Förderung der Infrastruktur kultureller Bildung ist von großer Bedeutung, bietet sie doch einen wesentlichen Anker für Projekte wie zum Beispiel das auch im Koalitionsvertrag erwähnte Förderprogramm des Bundesbildungsministeriums »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung«. Jenes soll nach dem Willen der Autoren des Kulturkapitels »mit dem Kulturbereich und den Ländern abgestimmt und inhaltlich weiterentwickelt werden«.

Eine Schlüsselrolle kommt in der Großen Koalition der neuen Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters (CDU), zu. Ihr Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ist nach wie vor im Bundeskanzleramt angesiedelt. Sie wird neben den eigenen Aufgaben in *Das Personal-* der Kulturförderpolitik des *tableau* Bundes, der Deutschen Welle, der Zuständigkeit für die Erinnerungskultur sowie den Großbauvorhaben in Berlin wie Museumsinsel oder auch Humboldtforum vor allem eine Koordinations- und Wächterfunktion mit Blick auf die kulturpolitischen Vorhaben der anderen Ressorts haben.

Spannend wird sein, wie die Arbeitsteilung zwischen der Staatsministerin für Kultur und Medien und der Staatssekretärin für Digitales, Dorothee Bär (CSU), die im Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur arbeiten wird, funktioniert. Dorothee Bär gehört zu den jungen Netzpolitiker/innen der Union und streitet seit langem für eine stärkere Hinwendung der Politik zu den Mediennutzungsgewohnheiten der jüngeren Generation. Es ist kaum zu erwarten, dass sich Bär mit dem Breitbandausbau in den ländlichen Regionen zufrieden geben wird. Sie wird sicherlich noch so manchen gesellschaftlich-kulturellen Akzent setzen wollen.

Ebenfalls im Bereich Digitales, dann aber bei der digitalen Wirtschaft, wird sich Brigitte Zypries als Staatssekretärin im

Wirtschaftsministerium profilieren wollen. Die Juristin, die bereits Staatssekretärin im Innenministerium und danach Bundesjustizministerin war, hat schon so manchem aus dem Kulturbereich das Fürchten gelehrt, wenn sie mit ihren unmissverständlichen Äußerungen das Urheberrecht erklärte.

Urheberrechtspolitik wird künftig von Heiko Maas verantwortet, der neuer Minister für Justiz und Verbraucherschutz wird. Er soll vom Staatssekretär Gerd Billen, bislang Chef des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen (vzbv) unterstützt werden. Wer jetzt noch im Kulturbereich glaubt, es sei ein auf die leichte Schulter zu nehmender Lapsus, dass im Koalitionsvertrag vom gerechten Ausgleich von Künstlern, Verwertern und, das ist neu, den Nutzern im Urheberrecht die Rede ist, sollte durch diese Personalentscheidung eines besseren belehrt sein.

Weiterhin für Bildung und Forschung wird Johanna Wanka (CDU) wirken. Bislang ist sie auf Bundesebene eher als Forschungs- und Wissenschafts-, denn als Bildungsministerin in Erscheinung getreten. Es wird sich zeigen, welche Akzente in der kulturellen Bildung sie setzen wird. Für Digitales wird aber auch sie Verantwortung tragen, hat sich die neue Bundesregierung doch eine open-access-Strategie und die verstärkte digitale Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse vorgenommen.

Spannend wird, ob Andrea Nahles bereits vor ihrer Zeit als Generalsekretärin der SPD ausgewiesene Sozialpolitikerin, ihre Ideen einer Bürgerversicherung als Bundesministerin für Arbeit und Soziales wieder aus der Schublade holen und damit an die unter Ursula von der Leyen begonnene Arbeit an einer Pflichtrentenversicherung für Selbstständige anknüpfen wird. Im Kulturbereich wartet auf Nahles die Aufgabe, die Künstlersozialversicherung zu stärken und vor allem die Künstlersozialabgabe zu stabilisieren.

Apropos Ursula von der Leyen (CDU): Auch sie hat ein kleines kulturelles Pflänzchen als Verteidigungsministerin zu betreuen, nämlich das Stabschor der Bundeswehr.

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wird wieder in den bewährten Händen von Frank-Walter Steinmeier liegen. Er hatte bereits zwischen 2005 und 2009 ein Händchen für dieses wichtige Feld der Auswärtigen Politik und wichtige Akzente gesetzt. Vielleicht werden unter seiner Ägide die Planungen zum Erinnern an 100 Jahre Erster Weltkrieg im Sommer 2014 an Fahrt und Verknüpfung mit den europäischen Nachbarn gewinnen. Maria Böhmer (CDU) wird als Staatsministerin für Kultur im Auswärtigen Amt den Politikbereich Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verstärken.

Manuela Schwesig wird als neue Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter anderem für den Kinder- und Jugendplan des Bundes und damit für die Förderung der Infrastruktur kultureller Bildung verantwortlich sein.

Aydan Özoguz, ebenso wie Monika Grütters als Staatsministerin im Bundeskanzleramt tätig, wird zeigen können, welche kulturelle Dimension die Integrationspolitik hat.

Insgesamt ein spannendes Tableau an Menschen und Themen. Die nächsten vier Jahre versprechen kulturpolitisch spannend zu bleiben.

Der Koalitionsvertrag ist positiv für die Kultur. Das Kulturkapitel ist, allein was seinen Umfang aber auch was den Detailreichtum *Verpasste Chancen* betrifft, beeindruckend. *Chancen* Aber wie so oft steckt der Teufel im Detail. Es gilt daher in den kommenden vier Jahren die Augen und Ohren offenzuhalten und besonders jene Politikfelder in den Blick zu nehmen, auf denen nicht Kultur steht, die aber die Bundeskulturpolitik, das kann man dem Koalitionsvertrag entnehmen, maßgeblich be-

einflussen werden. In der Großen Koalition sind verschiedene Ressorts für die Kulturpolitik zuständig, weil den Koalitionspartner der Mut gefehlt hat ein eigenständiges Bundeskulturministerium zu installieren. Auch im Bereich Digitales gibt es nicht den einen von der Internet-En-

quete-Kommission des Deutschen Bundestages geforderten Staatsminister für Digitales, sondern auch hier sind die Verantwortlichkeiten in verschiedenen Ressorts verstreut. Hier wurden Chancen für mehr Klarheit und damit mehr Effektivität verpasst.



Olaf Zimmermann

ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von »Politik & Kultur« der Zeitung des Deutschen Kulturrates.
o.zimmermann@kulturrat.de



Gabriele Schulz

ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates.
g.schulz@kulturrat.de

Gespräch mit Oliver Scheytt

»Die SPD ist an den sozialen Problemen der Künstlerinnen und Künstler näher dran«

Der Kulturpolitiker und -manager Oliver Scheytt war 2013 Mitglied im Kompetenzteam von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Er ist Professor für Kulturpolitik an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg. Zusammen mit Fritz Pleitgen konzipierte und organisierte er als Geschäftsführer das Programm der Europäischen Kulturhauptstadt RUHR 2010. Zu seinen Erfahrungen im Wahlkampf, zum deutschen Kulturföderalismus und dem Verhältnis der SPD zu den Kulturschaffenden befragte ihn Klaus-Jürgen Scherer, Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie.

NG/FH: Herr Scheytt, Sie waren im Bundestagswahlkampf gewissermaßen ein parteipolitischer Quereinsteiger. Welche Erfahrungen haben Sie im letzten Jahr in dieser Rolle gemacht?

Oliver Scheytt: Ich bin ja kein absoluter Neuling in der Politik. Ich arbeite seit 1980 in der SPD, seit vielen Jahren im Kulturforum der Sozialdemokratie und war auch als Kulturdezernent ein Grenzgänger zwischen Politik und Verwaltung. Aber klar ist

auch: Wahlkampf auf Bundesebene ist dann doch nochmal etwas anderes. Als ich von 2003-2007 in der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« mitgearbeitet habe, ging es ja mehr um die fachlichen Dinge. Man hatte vier Jahre lang Zeit, an einem Thema zu arbeiten. Im Wahlkampf merkt man, wie hektisch es mitunter ist, dass es um Entscheidungen im Stundentakt geht. Diese Erfahrung hat mich bereichert, besonders aber auch meine große Reise durch die Kulturlandschaft Deutschlands: von der kleinen Kulturinitiative bis zum Reichsparteitagsgelände, von Weltkulturerbestätten in Sachsen-Anhalt bis zu saarländischen Finanzproblemen.

NG/FH: Wie muss man sich einen »Kulturwahlkampf« vorstellen? Es ist ja ein recht neues Phänomen, dass Kulturpolitik so viel Aufmerksamkeit im Bundestagswahlkampf erfährt.

Scheytt: Ich glaube, wir können den Erfolg, dass eine Arbeitsgruppe Kultur und Medien in den Koalitionsverhandlungen eingerichtet wurde, dass ein eigenes Kul-